



Medienmitteilung

Zürich, 15. Juli 2021

Beschlüsse der Kommissionen

WAK: Keine Massnahmen zur Steuerung der Zuwanderung auf kantonaler Ebene

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Einzelinitiative von Altkantonsrat Gregor Rutz (SVP, Zollikon) abzulehnen ([5505](#)). Dieser fordert neue Gesetzesvorlagen, um die Zuwanderung aus dem Ausland sowie, bei Bedarf, von Ausländerinnen und Ausländern aus anderen Kantonen in den Kanton Zürich besser zu steuern. Die Kommissionsmehrheit lehnt auch einen Gegenvorschlag in Form einer Neuformulierung von § 9 des Personalgesetzes ab. Mit dieser würde vorgegeben, dass offene Stellen nach Möglichkeit durch interne Nachfolgeregelungen besetzt werden oder entsprechende Aufgaben auf bestehende Stellen zu verteilen sind. Für die Kommissionsminderheit können mit dem Gegenvorschlag die in der Einzelinitiative formulierten Forderungen wenigstens teilweise umgesetzt werden. Damit werde indirekt erreicht, dass Stellen nur dann extern ausgeschrieben werden, wenn es nicht anders geht.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

STGK: Kantonale Stelle soll kommunale Stiftungen beaufsichtigen

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 8:7 Stimmen die Zustimmung zur Vorlage des Regierungsrates zur Änderung des Gesetzes über die BVG- und Stiftungsaufsicht (BVSG) und des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) ([5646](#)) in der durch die Kommission geänderten Fassung. Gemäss der regierungsrätlichen Vorlage soll die Zuständigkeit der Aufsicht über kommunale Stiftungen künftig bei der BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS) statt wie bisher bei der jeweiligen Gemeinde liegen, falls diese nicht mittels einfachem Beschluss erklärt, die Stiftungsaufsicht selbst wahrnehmen zu wollen. Die Kommissionsmehrheit befürwortet diese Möglichkeit, ergänzt die Vorlage auf Antrag der GLP aber mit der Verpflichtung, dass die Gemeinde ihre Aufsichtszuständigkeit abgeben muss, wenn ein Mitglied des Gemeindevorstands gleichzeitig in einem Stiftungsrat Einsitz hat. Die FDP- und SVP-Kommissionsminderheit zeigt sich gegenüber der ursprünglichen Vorlage skeptisch. Die von der Kommissionsmehrheit vorgenommene Verschärfung lehnt sie dezidiert ab, da diese mangels Problemen in der Praxis nicht sachlich begründet sei und gegen die Gemeindeautonomie verstosse. Weiter lehnt die Minderheit den Vorschlag ab, dass der Bezirksrat – aufgrund der geringen Fallzahlen und des fehlenden Fachwissens – nicht mehr Rechtsmittelinstanz für Rekurse im Stiftungsbereich sein soll.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.